

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1916**

31.3.1916 (No. 90)



# Karlsruher Zeitung

## Staatsanzeiger für das Großherzogtum Baden

No 90

Freitag, den 31. März 1916

159. Jahrgang

Expedition:  
Carl Friedrich-Str. 14 (Hauptpostamt)  
Postfach Nr. 952, 953, 954, 955, 956, 957, 958, 959, 960, 961, 962, 963, 964, 965, 966, 967, 968, 969, 970, 971, 972, 973, 974, 975, 976, 977, 978, 979, 980, 981, 982, 983, 984, 985, 986, 987, 988, 989, 990, 991, 992, 993, 994, 995, 996, 997, 998, 999, 1000

Vorausbezahlung: vierteljährlich 4 M.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 4 M. 17 P. — Einrückungsgebühr: die 6 mal gesparte Peltzzeit oder deren Raum 25 P. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der bei Abgabezeitung, zwangsweiser Beitreibung und Kontoreverfahren hinfortig wird. Erfüllungsort Karlsruhe.

Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

### Staatsanzeiger.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 21. März 1916 gnädigst bewogen gefunden, dem Expromotor der Universität Heidelberg Geheimen Kirchenrat Professor D. Johannes Bauer das Ritterkreuz erster Klasse Höchstihres Ordens vom Zähringer Löwen zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 14. März 1916 gnädigst bewogen gefunden, dem bisherigen Bürgermeister Christian Schneider in Freiamt die kleine goldene Verdienstmedaille zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 21. März 1916 gnädigst geruht, den Bibliothekar an der Großh. Hof- und Landesbibliothek in Karlsruhe, Professor Dr. Theodor Längin zum Direktor der Großh. Hof- und Landesbibliothek zu ernennen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 21. März 1916 gnädigst geruht, den Privatdozenten Dr. Emil Wimmer an der Abteilung für Fortwesen und Dr. Adolf Thomälen an der Abteilung für Elektrotechnik der Technischen Hochschule Karlsruhe den Titel außerordentlicher Professor zu verleihen.

Das Ministerium des Innern hat unterm 2. März 1916 den Unterlehrer Martin Verl in Emmendingen zum Hauptlehrer an der Gewerbeschule in Mannheim ernannt.

Die Generaldirektion der Staatseisenbahnen hat unterm 24. Januar 1916 den Eisenbahnsekretär Joseph Hartmann in Konstanz zur Zentralverwaltung in Karlsruhe berufen.

Die nachgenannten Kandidaten der katholischen Theologie sind auf Grund ordnungsmäßigen Nachweises der in § 9 des Kirchengesetzes vom 9. Oktober 1860 in der Fassung vom 5. März 1880 bestimmten Erfordernisse zur ständigen öffentlichen Ausübung kirchlicher Berichtigungen sowie zur Erlangung von Kirchenämtern im Großherzogtum staatlich zugelassen worden:

- Kapferer, Friedrich, aus Freiburg,
- Koch, Joseph Anton, aus Unterbaldingen,
- Reuberger, Erwin, aus Heidelberg,
- Reinhard, Fridolin, aus Erbach, A. Waldshut,
- Seib, Konstantin, aus Erfeld, A. Buchen,
- Spiegel, Karl Julius, aus Zella (Sachsen-Weimar.)

Karlsruhe, den 22. März 1916.  
Großh. Ministerium des Kultus und Unterrichts.  
S i b s c h. Debold.

### Nicht-Amtlicher Teil.

Karlsruhe, 30. März.

#### \* Vom Tage.

Die Pariser Konferenz ist gestern geschlossen worden. Vor ihrem Auseinandergehen nahm sie folgende Entschlüsse an, die wir hier nach der von der „Königlichen Zeitung“ veröffentlichten Meldung der Agence Havas wiedergeben: „Die Vertreter der alliierten Regierungen, in Paris am 27. und 28. März versammelt, bekräftigen ihre volle Gemeinsamkeit der Gesichtspunkte und die Solidarität der Verbündeten; sie bestätigen alle zur Verwirklichung der Einheit des Handels und der Einheit der Front getroffenen Maßnahmen; sie verstehen darunter insgesamt die Einheit der militärischen Handlungen, gesichert durch das zwischen den Generalstäben getroffene Übereinkommen, die Einheit der wirtschaftlichen Handlungen, deren Organisation die gegenwärtige Konferenz geregelt hat, und die Einheit der diplomatischen Handlungen, die ihren unerschütterlichen Willen verbürgt, den Kampf bis zum Sieg der gemeinsamen Sache fortzuführen. Die verbündeten Regierungen beschließen, in wirtschaftlicher Beziehung ihre Solidarität der Gesichtspunkte und der Interessen in die Praxis umzusetzen. Sie beauftragen die wirtschaftliche Konferenz, die demnächst in Paris tagen wird, ihnen Maßnahmen zu unterbreiten, um diese Solidarität zu verwirklichen zur Stärkung, Koordinierung und Vereinheitlichung dieser wirtschaftlichen Handlungen zur Verhinderung der Verpflegung des Feindes. Die Konferenz hat beschlossen in Paris einen ständigen

Ausschuß einzusetzen, in dem alle Alliierten vertreten sein werden. Die Konferenz hat beschlossen: 1. Die Einsetzung eines Zentralbureaus für Frachtwesen, die in London begonnen wurde, weiter zu verfolgen. 2. Gemeinsam und innerhalb kürzester Frist an die Aufführung von Mitteln und Wegen heranzutreten, um gleichmäßig auf alle alliierten Nationen die aus den Seetransporten herrührenden Lasten zu verteilen und die Frachtensteigerungen zu verhindern.“ Es ist nicht weiter verwunderlich, daß die Veröffentlichung über die auf militärischem und diplomatischem Gebiet liegenden Ergebnisse der Konferenz in derartiger allgemeiner Form gehalten ist. Über Einzelheiten konnte nach Lage der Dinge keine nähere Mitteilung gemacht werden. Aus der Fassung der Veröffentlichung schließen zu wollen, daß die Konferenz nur wenig oder garnichts erreicht habe, würde uns voreilig erscheinen. Andererseits ist die Aufnahme, die die Konferenzergebnisse bisher in der Presse der Entente gefunden haben, nicht gerade begeistert. Am besten wird die Stimmung wohl gekennzeichnet durch einen Artikel des gut unterrichteten Pariser „Journal“, in dem es heißt: „Was man sagen kann, ohne ein Geheimnis zu verraten, ist, daß die Konferenz sich einzig und allein mit den Mitteln befassen wird, den Kampf zu einem guten Ausgang zu bringen. Jetzt ist nicht der Augenblick, die Karte Europas umzugestalten. Bevor man daran denkt, den Ergebnissen des Sieges vorzugreifen, muß man ihn sichern. Dafür gibt es nur ein einziges Mittel: das meiste aus den gemeinsamen Hilfsmitteln der Verbündeten herauszugiehen und zwar auf allen Gebieten, auf dem wirtschaftlichen, auf dem finanziellen und hauptsächlich auf dem militärischen. Das wird das Werk der Konferenz sein, an der die Chefs der Regierungen, der Armeen und der Technik teilnehmen.“ Das klingt sehr ruhig und nüchtern und entspricht sicherlich am ehesten den Anschauungen der Konferenzteilnehmer selbst. Wir glauben nicht, daß unter diesen heute noch solche zu finden sind, die wirklich von einem vollen Sieg der Entente überzeugt sind. Den nun einmal entfalteten Kampf zu einem guten Ausgang zu bringen, das dürfte die Lösung gewesen sein. Denn das eine müssen wir angesichts dieser ganzen Konferenzarbeit festhalten: es war nicht der Erfolg, der sie veranlaßte, sondern der Mißerfolg; n. es galt nicht, Varenfelle zu verteilen, sondern Maßnahmen zu beraten, wie man nun endlich nach 20 Monaten Krieg den Bären stellt und womöglich erlegt. Die Konferenz hat sich demnach in erster Linie mit militärischen Angelegenheiten zu befassen gehabt und dabei auch die Beschlüsse des vor einiger Zeit stattgehabten Kriegsrats besprochen. Diese Beschlüsse hatten durch die deutsche Offensive bei Verdun ein Loch erhalten, und es ist anzunehmen, daß die Konferenz mit den Militärs darüber beraten hat, wie man trotz der deutschen Offensive, die ja alle Pläne der Alliierten über den Haufen warf, zu einem guten Ende kommt. Die wichtigste Frage hierbei ist die nach der zweckentsprechenden Verteilung der insgesamt vorhandenen Truppen und Hilfsmittel. Man hat lange genug davon gesprochen, daß Italien Truppen an Frankreich abgeben werde, man hat aber auch neuerdings den Gedanken erörtert, die Frontbreite der Engländer im Westen zu vergrößern und die dadurch gewonnenen französischen Überschüsse nach Italien zu senden. Allen Anschein nach hat Italien einer aktiven Teilnahme an den Kämpfen in Frankreich nicht zugestimmt. Die andere Idee erregt sich wohl von selbst, da Frankreich seine Truppen zweifellos allein gebraucht und gar kein Interesse daran hat, daß die Engländer sich noch mehr ausdehnen. Was Rußland betrifft, so kann es bei seinen großen Unternehmungen in Kleinasien ebenfalls keine Streitkräfte entbehren. England steht mit einem großen Heer in Frankreich an der Front, über seine Reserven kann es nicht nach Belieben verfügen, da die Rücksichten auf die Fortführung der heimatischen Kriegsindustrie es zwingen, ein gut Teil seines Menschenmaterials im Lande selbst zu behalten. Im Wesentlichen wird also wohl alles beim Alten bleiben. Ob ein Reserveheer wirklich gebildet werden wird, läßt sich aus der Veröffentlichung der Agence Havas nicht entnehmen. Die Einheitlichkeit der Operationen

bleibt demnach das bedeutendste Ereignis der Konferenz. Es darf sicherlich nicht unterschätzt werden. Bisher waren die Operationen der Entente keineswegs von jener Einheitlichkeit getragen, und das hat sich bitter gerächt. Würde es gelingen, eine wirkliche einheitliche Leitung herzustellen, so wäre das für die Kriegsführung der Entente von großem Nutzen. Aber eine solche Leitung müßte in der Hand weniger Männer liegen, die dann auch in ihren Entschlüssen selbständig sein müßten. Daß es dazu kommen wird, wird vielfach bezweifelt. Der Kriegsrat der Entente ist doch schon an sich eine recht schwerfällige Einrichtung. Aber er ist nicht einmal selbständig. Denn seine Beschlüsse bedürfen der Genehmigung der einzelnen Regierungen. Und ob die wieder unter sich einig sind, ist sehr die Frage. Möglich wäre es ja, daß es der Konferenz doch gelingen wäre, eine einheitliche Leitung zu schaffen. Ihr Vorhandensein würde sich ja bald bemerkbar machen. Überhaupt kommt es darauf an nun zu beobachten, wie sich die Beschlüsse der Konferenz in die Tat umsetzen werden. Im Ganzen genommen glauben wir indessen nicht, daß es der Entente noch möglich sein wird das Ergebnis des Krieges zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Die dringendsten Fragen wird ja der von der Konferenz eingesetzte ständige Ausschuß, der in Paris zu tagen hat, zu erledigen haben. — Neben der militärischen Einheitlichkeit soll die diplomatische und wirtschaftliche einherlaufen. Die diplomatische Einheitlichkeit beruht naturgemäß auf der Grundlage des Londoner Abkommens betr. Sonderfrieden. Was die wirtschaftliche Einheitlichkeit anlangt, so soll sie sich nur auf die Zeit des Krieges beziehen, und über ihre Einzelheiten soll die Pariser Wirtschaftskonferenz in den nächsten Tagen beraten. Der Gedanke eines gemeinsamen Handelskrieges gegen Deutschland auch nach dem Frieden ist also vom Programm verschwunden. Das ist nach der russischen Ablehnung und nach der Bemerkung Lloyd Georges, daß es in Geschäftssachen keinen Revanchekrieg gebe, sehr zu begreifen.

„Der Riß im französischen Festungsgürtel“, unter diesem Titel wird der „Frankfurter Zeitung“ unter einem höheren Offizier der österreichisch-ungarischen Armee geschrieben: Frankreich hat schon im Frieden seinen Leib mit einem Festungspanzer umgeben. Er verläuft von der schweizerischen Grenze über Belfort—Epinal—Toul—Verdun bis zum Südzügel Belgiens. Von da an bis zum Meere wurde der weitere Schutz vornehmlich den Festungen Belgiens anvertraut. Diese wurden jedoch zu Beginn des Krieges überrannt und die deutsche Heere strömten durch Belgien nach Frankreich. Sie setzten sich nach anfänglichem Hin- und Herbewegen endgültig in der Linie Ipern—Noyon—Varennes fest. Der Festungsgürtel Verdun—Belfort hielt aber stand. Nicht allein vermöge seiner fortifikatorischen Stärke, sondern auch weil die französische Feldarmee sich ihm vorgelegt hatte. Man kann so nach zwei verschiedene Hälften der französischen Front unterscheiden. Die eine reicht vom Kanal bis Verdun, ist ca. 350 Kilometer lang und besteht nur aus Feldstellungen. Die andere — ca. 300 Kilometer lang — erstreckt sich von Verdun bis zur Schweizer Grenze und besteht aus dem Festungsgürtel und den davor befindlichen Feldstellungen. Die lineare Ausdehnung beider Hälften ist somit ziemlich gleich. Es fragt sich nun: worin äußert sich der Unterschied beider Hälften?

Wenn man auch, besonders nach den Erfahrungen des Weltkrieges, den Festungen keinen übertriebenen Wert beimessen darf, so bleibt es doch eine unumstößliche Wahrheit, daß ihnen eine gewisse Bedeutung, die allerdings auf das richtige Maß zurückgeführt werden muß, doch innewohnt. Ganz besonders gilt dies für den französischen Festungsgürtel, der das stärkste permanente Befestigungssystem der Welt darstellt. Dessen Wichtigkeit besteht darin, daß sich von Verdun bis Belfort — einigermassen nur durch das in deutschen Händen befindliche St. Mihiel beeinträchtigt — eine gesicherte, mit allen Errungenschaften moderner Technik und Stapelplätzen von Kriegsmaterial ausgestattete Manövrierzone erstreckt. Diese verleiht vorgelagerten Feldstellungen eine enorme Stärke. Hieraus vermochten die Fran-

zogen einen großen Vorteil zu ziehen, der die ganze Gruppierung ihres Feldheeres aufs günstigste beeinflusste. Es kann, gestützt auf dieses Argument, als sicher angenommen werden, daß die Fronthälfte Verdun-Belfort mit verhältnismäßig weniger Truppen dotiert ist, daß die Franzosen im Vertrauen auf die Stärke der Befestigungen hier Truppen ersparen. Diese Ersparnis gipfelt in einer leichteren Tiefengliederung, weil die rückwärtigen Abschnitte durch ihre befestigten Werke mit ihren Besatzungen und mobilen Reserven eine solche erlauben. Man kann dagegen einwenden, daß die Besatzungen ebenfalls stark sein müssen. Gewiß, aber lange nicht so stark wie Reserven ohne Werke. Auch gestattet diese Mandrierzone, die sicherlich modernste Befestigungsanlagen besitzt, rasche und gedeckte Truppenverschiebungen, so daß bald da, bald dort, je nach Bedarf, Truppen hingeworfen werden können. Menschenkraft wird durch Beton und Panzer erspart. Es ist so wie bei einem Staumerke, wo die Wassermenge nach Gutdünken reguliert wird. Es darf daher die Schlussfolgerung gezogen werden, daß auf dieser 300 Kilometer langen Front die Franzosen etwa ein Drittel ihres Heeres verteilt, während sie die übrigen zwei Drittel auf dem Frontteile von Verdun bis zum rechten Flügel der Engländer, also ungefähr bis in den Raum von Arras, das sind 200 Kilometer, massiert haben dürften. Die Engländer sind ohnedies auf ihrem Frontteile enorm tiefgegliedert. Der Festungsgürtel Belfort-Verdun ist wie eine Schutzmauer, hinter welcher die Franzosen nach Gefallen ungeleitet Verkleidungen und Umwandlungen vornehmen können. Er bietet auch bequeme Ausfallspforten. Drahtisch ausgedrückt heißt das: die Franzosen dürfen hinter der Gardine ungefragt allerlei Unfug treiben.

Die Deutschen sind nicht in dieser angenehmen Lage, sie besitzen keine solche Schutzmauer und sind dadurch genötigt, ihre Front durchwegs tief zu gliedern. Es ist daher leicht einzusehen, welche hohe Bedeutung diese Panzermauer für die Franzosen besitzt (zumal ihr Menschenreichtum den Boden schon durchscheiden läßt), und andererseits welchen Wert und welche möglichen Folgen ihre Durchbrechung haben könnte. Wird in diese Mauer Breche gelegt, so sind die Franzosen gezwungen, die Lücke mit Menschen zu füllen. Schon das allein ist ein großer Erfolg, der weitere erfreulichere Perspektiven eröffnet.

In Durchführung dieser Idee sind unsere Verbündeten mit gewohnter Energie, Umsicht und Methodik ans Werk geschritten. Interessant ist das Angriffsverfahren der Deutschen. Es stellt sich förmlich als ein sukzessives Heransbrechen der feindlichen Frontstücke dar. Allen Berichten zufolge dürfte eine gewaltige Artillerieüberlegenheit aller Kaliber in den gewählten Frontstücken die Franzosen überrascht haben. Diese Artilleriemassen arbeiteten wie Mauerbrecher. Infanterie-Energie vollendete sodann mit verhältnismäßig geringen Verlusten das Durchbrechen. So geschah dies beim Durchstoß der Nordfront auf dem rechten Maasufer, wobei die Deutschen bis in die Linie Champneviller-Côte de Talou-Douaumont samt der gleichnamigen Panzerfeste — Befestigungsanlagen von Sarbaumont, somit bis in die Linie des äußeren Fortgürtels vorzudringen vermochten. Abgesehen von diesem unmittelbaren Erfolge konnten hierdurch weitere Durchbrüche in den Nachbarabschnitten vorbereitet werden, indem auch die Artillerie nach Süden Raum gewann, wodurch die französischen Stellungen auf dem linken Maasufer, ein Teil des Umkreises der Werke von Verdun auf dem rechten Ufer und die Stadt selbst, ferner die Gegend von Baux und Damloup in ihren teilweise flankierenden Aktionsradius fielen. Es erfolgte der Durchbruch in ähnlicher Weise auf dem linken Ufer, der den Deutschen den Abschnitt Forges, die Höhen des Raben- und Cumièreswaldes und Regnéville in die Hände spielte, und der Vorstoß im nördlichen Teile der Woivre, der sie bis an die Côte Lorraine führte. Endlich wurde die Panzerfeste Baux samt zahlreichen anschließenden Befestigungen erklüftet. Allerdings vermochten die Franzosen sich in dieser Panzerfeste, jedoch bloß in dieser selbst, wieder einzurichten, was nicht allzu schwer in die Wagsschale fällt. Dieses methodische Vorgehen brachte die deutschen Linien bedenklich nahe an die Festung heran. Die nördliche halbkreisförmige Einschließung ist enger geschmiedet worden, beide Ufer werden bis in die Höhen der Stadt Verdun und zum Teile noch südlich davon durch das Feuer der deutschen Artillerie beherrscht.

Es fragt sich nun: Was taten die Franzosen? Die Franzosen mochten nach der ersten Verblüffung alle zunächst befindlichen Kräfte, artilleristische und infanteristische, zusammengerast haben, um den von Norden vordringenden Gegner zum Stehen zu bringen. Man kann sich denken, daß sodann alle mobile Reserven des Festungsgürtels zur Wirkung gebracht wurden und daß weiter ganze Ströme von Truppen aus anderen Teilen der Front hierher geleitet worden sind; vollends als es auch auf dem linken Ufer und in der Woivre zu brennen anfing. Man wird kaum fehlgehen, wenn man annimmt, daß Hunderttausende an Infanterie und eine Anmasse an Artillerie herangezogen wurden. Eine einfache Berechnung führt zu diesem Ergebnisse. Über 30 000 unverwundete Franzosen wurden gefangen genommen. Zweimal so viel kann man als blutige Verluste annehmen. Es dürfte sich somit eine Verlustsumme von 90 000 bis 100 000 Mann ergeben. Wenn man bei der Heftigkeit dieser Kämpfe nur ein Drittel oder ein Viertel als Verluste des Kombattanten-Standes beziffert, so ergibt sich daraus, daß 300 000 bis 400 000 Franzosen auf dem engeren Raum um Verdun gefämpft haben.

(Überdies sei bemerkt, daß die Deutschen kürzlich bereits die 30. Division feststellt haben.) Diese Truppenmassen wurden zu zahlreichen Gegenangriffen verwendet, vermochten jedoch trotz aller Aufopferung nirgends durchzudringen. Die Gegenangriffe besäßen den Charakter von Ausfalls- und zugleich von Entfasserjagen, denn noch ist der Einschließungskreis im Westen offen, so daß der Zufluß von außen ungehindert ist; gleichwohl sind alle diese Gegenangriffe wie bei Ausfällen aus einer Festung von innen nach außen gegen die Peripherie gerichtet, weil eben die Franzosen eingezwängt sind. Es ist ein Nachteil für die Franzosen, daß die deutschen Linien im kontanten Bogen den konvexen der französischen umschließen und dadurch schon vermöge der Frontgestaltung eine konzentrische und meist beiderseits umfassende Einwirkung auf solche Gegenangriffe ermöglichen.

Die Situation steht dergestalt: die Franzosen sind aus ihrem Traume aufgeschreckt worden, der ihnen die Uneinnehmbarkeit von Verdun vorgegaukelt hat, es ist vorbei mit der seit anderthalb Jahren gepflogenen angenehmen Gewohnheit, den Festungsgürtel mit wenig Menschenkraft, aber mit viel Stein zu verteidigen, um an anderen Stellen umso kräftiger aufzutreten zu können. Gegenwärtig sind Hunderttausende von Franzosen durch die Not des Augenblicks dort gebunden, und so oberflächlich wird es auch bleiben, was immer weiter geschehen mag. Das allein ist schon ein Kräfteausgleich zu Gunsten der Deutschen. Noch ein gewichtiger Umstand ist zu berücksichtigen. Die Initiative war in all diesen Kämpfen bei den Deutschen, während die Franzosen nur auf die Abwehr, allerdings im offensiven Sinne, bedacht waren. Letztere versuchten nur das Feuer zu führen, das die Deutschen an verschiedenen Stellen angezündet hatten. Auch dieses Moment spricht bei der Abschätzung des Kräfteverhältnisses für die Deutschen.

### Ostlicher Kriegsschauplatz.

Wien, 29. März. Amtlich wird verlautbart, 29. März.

#### Russischer Kriegsschauplatz:

Gestern war die Fliegeraktivität auf beiden Seiten recht lebhaft. Mehrere feindliche Flugzeuge wurden durch Feuer und einige Flieger zur Umkehr gezwungen. Ein von unserer Artillerie herabgeschossener russischer Doppeldecker stürzte östlich von Buczacj hinter der feindlichen Linie ab. Durch Fliegerbomben entstand bei uns keinerlei Schaden. Unsere Flieger haben einige Orte hinter der russischen Front ausgiebig und mit beobachtetem Erfolg beschnitten. Sonst keine Ereignisse von Wichtigkeit.

#### Südöstlicher Kriegsschauplatz:

Unterwürdig.  
Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabs:  
von Höfer, Feldmarschallleutnant.

Petersburg, 30. März. (Petersburger Tel.-Ag.) Kriegsminister General Poliwano w ist auf sein Amt nachfolgend der Chef der Intendantur, General der Infanterie Schurawjew, ernannt worden. — Die Nachricht kommt völlig überraschend. In der „Wostokischen Zeitung“ heißt es, Poliwano w sei der Reorganisator der russischen Armee nach dem unglücklichen Kriege gegen Japan. Ihm verdanke Rußland auch die schnelle Mobilisation im Weltkrieg. Auch die Umgestaltung der Artillerie sei sein Werk. Ob die neuen Fehlschläge oder politische Gegnerschaft den Grund seines Rücktritts bildeten, ist vorläufig noch unbekannt.

### Italienischer Kriegsschauplatz.

Wien, 29. März. Amtlich wird verlautbart, 29. März.

#### Italienischer Kriegsschauplatz:

Die lebhaften Geschüßkämpfe am Görzer Brückenkopf und im Abschnitt der Hochfläche vom Doberdo dauerten auch gestern bis in die Nacht hinein. Es erfolgten jedoch keine neuen Angriffe. Südlich von Selz drangen die Italiener in einige Gräben ein, die nun gesäubert werden. Im Blöcken-Abschnitt wiesen unsere Truppen wieder mehrere feindliche Vorköße ab. Sonst ist die Lage unverändert. In mehreren Frontabschnitten arbeiten die Italiener an rückwärtigen Stellungen.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabs:  
von Höfer, Feldmarschallleutnant.

### Der Krieg zur See.

Osaka, 29. März. Wie die holländischen Zeitungen melden, hat die deutsche Regierung durch ihren Gesandten in Osaka durch den Minister des Äußern erklären lassen, daß die Grundzüge, welche die kaiserliche Regierung für die Führung des Unterseebootskrieges aufgestellt hat, und die seinerzeit den neutralen Regierungen mitgeteilt worden ist, keine Änderung erfahren haben. Namentlich haben die deutschen Seestreitkräfte nach wie vor strengsten Befehl, sich jedes Angriffs auf neutrale Schiffe zu enthalten, sofern diese nicht Widerstand leisten oder versuchen, sich durch die Flucht der Unternehmung zu entziehen.

Amuiden, 29. März. Ein Fischdampfer berichtet, daß er am 27. März, morgens 11 Uhr auf 55 Grad 30 Min. nördlicher Breite und 6 Grad 18 Min. östlicher Länge einen englischen Zerstörer mit drei Schornsteinen, der den Namen „Medusa“ trug, vor Anker auffand. Der Bug des Zerstörers war eingedrückt, auf Deck lagen viele Trümmer umher, das Hinterschiff, von dem die englische Flagge wehte, versank. Die drablose Einrichtung war in Ordnung. Der Zer-

störer war ausgestattet mit vier Torpedorohren, von denen zwei unabgeschossene Torpedos enthielten. Die Mannschaft hatte das Schiff verlassen.

Amsterdam, 29. März. Einem hiesigen Blatte zufolge, erfährt die „Times“ aus sehr guter Quelle Einzelheiten über den Untergang des „Greif“. Er war ein großer, hoch aus dem Wasser ragender Dampfer, der die norwegische Flagge führte. Alles machte den Eindruck, daß man es mit einem neutralen Schiff zu tun habe, wie man sie häufig zwischen den Schetland- und Farör-Inseln trifft. Die „Alcantara“ hielt das Schiff an und fragte nach seinem Bestimmungsorten; sie erhielt die erwartete Antwort. Hierauf wurde ein Boot niedergelassen und ein Offizier zum Untersuchung des Dampfers entsandt. Während sich das Boot dem Dampfer näherte, offenbarte sich plötzlich der wirkliche Charakter des Fremdlings. Die Maskierung wurde abgenommen und die Kanonen eröffneten das Feuer. Obwohl die „Alcantara“ so überrumpelt worden war, beantwortete sie das Feuer sofort. Nachdem die Deutschen ein Torpedo abgefeuert hatten, wurde die „Alcantara“ von einer Granate getroffen und des Steuers beraubt. Dort tauchte ein anderer Hilfskreuzer mit Namen „Andes“ auf, und dies benahm dem „Greif“ jede Möglichkeit, zu entkommen. Die Granaten setzten über das Deck des deutschen Schiffes, so daß die Besatzung die Kanonen im Stich lassen mußte. Der „Greif“ feuerte seine Torpedos auf den „Andes“ ab, und als ein dritter Hilfskreuzer erschien, war es mit dem deutschen Schiffe bereits zu Ende. (Es sprengte sich bekanntlich selbst in die Luft.)

Osaka, 29. März. Neuter meldet: Der englische Dampfer „Cerne“, 2579 Tons, 1905 erbaut, wurde versenkt.

Washington, 29. März. Die Alliierten haben einzeln auf Vorschlag einer Entlassung aller Rauffahrtsschiffe geantwortet und diesen tatsächlich abgelehnt.

### Türkischer Kriegsschauplatz.

Konstantinopel, 29. März. Das Hauptquartier teilt mit: Unsere Küstenartillerie verhinderte durch ihr Feuer einen Angriff von russischen Unterseebooten, die an der Küste gesichtet wurden, gegen den Hafen von Zonguldak. Die Unterseeboote verschwanden, sobald sie sich durch unsere Flugzeuge verfolgt sahen. Eines unserer Flugzeuge, das die Insel Zimbros überflog, griff feindliche Transportschiffe in der Bucht von Kephalos sowie drei Flugzeuge mit Bomben an. Das Flugzeug warf zwei Bomben auf die Transportdampfer und drei auf die Schuppen und verursachte einen Brand.

### Der Krieg und die Heimat.

#### Deutscher Reichstag.

Berlin, 29. März. In der Budgetkommission des Reichstages wurde heute die Besprechung der U-Boot-Frage fortgesetzt. Von sämtlichen Parteien wurden sehr eingehende Ausführungen gemacht, in welchen die Anschauungen der Antragsteller aller Richtungen bis ins kleinste zum Ausdruck kamen. Der Reichskanzler und der Staatssekretär des Reichsmarineamtes nahmen erneut das Wort. Dazu kamen längere wirtschaftliche Darlegungen des Reichsfinanzsekretärs. Es wurde allgemein anerkannt, daß die Mitteilungen der Reichsregierung die zur Besprechung stehenden Fragen außerordentlich offen und vertrauensvoll behandelten.

Die Diskussion, die sich an diese Mitteilungen anknüpfte, erstreckte sich über das gesamte Gebiet der wirtschaftlichen und politischen Fragen, und zog das militärische Moment, soweit wir es zur Klärung der Ansichten erforderlich war, heran. Die Vertraulichkeit der Erörterungen und die ihnen zugrunde liegenden Regierungserklärungen schloßen nähere Mitteilungen für die Öffentlichkeit aus. Hervorgehoben wurde von den Mitgliedern der Kommission, daß den Antragstellern jeder Eingriff in die Kommando- und ferngelegene Angelegenheiten. Der Reichskanzler erkannte die patriotischen Motive der Antragsteller ausdrücklich an.

Die ganze Erörterung in der Kommission war von einem entschlossenen vaterländischen Geiste getragen. Darüber, daß der Krieg zur See mit für die erfolgreiche Durchführung des Krieges wirksamsten Mitteln zu führen ist, herrschte volle Einigkeit. Die Verhandlungen der Kommission nahmen einen Verlauf, der die allgemeine Zuversicht in den Erfolg unserer Waffen stärkte. Vor der Vertagung sprach der Vorsitzende unter Zustimmung der Kommission dem Reichskanzler den Dank für die Mitwirkung an den Verhandlungen aus.

Berlin, 29. März. Im Laufe des Vormittags hielt im Haushaltsausschuß des Reichstages zunächst der Sozialdemokrat Noske eine längere Rede. Dann erhielt Ledebour das Wort, der als Vertreter der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft in den Ausschuß eingetreten ist. In Beantwortung von Anfragen griffen sowohl der Reichskanzler als auch der Staatssekretär des Reichsmarineamtes von Capelle in der Aussprache ein. Wie verlautet, besteht die Absicht, sämtliche Anträge zur U-Boot-Frage zurückzuführen und auch im Plenum nicht wieder aufzunehmen.

Berlin, 28. März. Die „Morgenpost“ meldet: Im Reichstag soll ein ständiger Ausschuß gebildet werden, der wichtige vertrauliche Mitteilungen, die den Krieg betreffen, vom Reichskanzler oder einem seiner Vertreter entgegen nehmen soll.

#### \* Zur Spaltung in der Sozialdemokratie.

An erster Stelle veröffentlicht der „Vorwärts“ einen vom Parteivorstand, Parteiausschuß und dem Vorstand der Reichstagsfraktion veröffentlichten Aufruf „An die Partei“, in dem das Vorgehen der 18 auf dem

Waffen gebrandmarkt wird. Es heißt darin: Sie (die 18) haben die Geschlossenheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die solange ein Stolz der deutschen Arbeiterklasse war, gesprengt. Dieses Zerstörungstreiben geht aber mit Notwendigkeit weiter und noch schlimmere Folgen nach sich; jetzt ist die Fraktion gesprengt worden, und schon ist man dabei, wie es einige mit dreifacher Offenheit anknüpfen, das organisatorische Gefüge der Partei selbst auseinanderzusprengen.

Die Grundgedanke wendet sich dann weiter gegen die Behauptung, die Mehrheit habe das Verlangen der Minderheit, einen Redner aus ihrer Mitte zu stellen, abgelehnt und so die Minderheit vergeblich. Das sei eine durchaus wahrheitswidrige Darstellung. Noch längs zuvor habe ein Redner der Minderheit im Auftrage der Partei gesprochen. Die verschiedenen parteipolitischen Anschauungen seien stets zu Wort gekommen. Jetzt aber hätten die Vertreter der Minderheit das Recht gefordert, einen den Fraktionsbeschlüssen widersprechenden Standpunkt zu vertreten. Nachdem der Aufruf auf die verberbliche Wirkung auf die Partei, deren Dasein aufs Spiel gesetzt sei, und auf die „verfehlte Vorstellung“, das Vorgehen der Minderheit könne der Beschleunigung des Kriegsendes dienen, eingegangen ist, schließt er mit den Worten:

Parteienossen und Genossen! Wir rufen euch nochmals zu: Die Gefahr, die der Partei droht, ist groß! Diejenigen, die die Reichstagsfraktion gespalten haben, werden auch nicht zurückschrecken, die Partei zu spalten. Parteienossen! Das soll nicht geschehen! Das darf nicht geschehen! Von euch muß der Widerstand kommen gegen diese verwerfliche Bestrebungen. Eure heilige Aufgabe ist es, die Arbeiterbewegung vor schwerer Zerrüttung zu bewahren.

Im sozialdemokratischen Parteiaussschuß hat am Montag, 27. März, eine Aussprache über die gegenwärtige Situation der Partei stattgefunden. Am Schlusse der Sitzung hat der Parteiaussschuß folgende Anträge angenommen:

In dem von einer Sondergruppe von Fraktionsmitgliedern geheim beschlossenen Vorgehen des Genossen Haase in der letzten Sitzung des Reichstags und in der Gründung einer besonderen Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Abgeordneter erblickt der Parteiaussschuß eine vorbedachte Untergrabung unserer gemeinsamen politischen Tätigkeit für die deutsche Arbeiterklasse in schwerer Zeit. Damit wird das Vertrauen der Massen in unserer Partei aufs schwerste erschüttert. Die Spengung der Einheit unserer Bewegung ist auch ein schwerer Schlag gegen die Interessen des ganzen deutschen Volkes, dessen Friedenswille nur durch die folgerichtige Anwendung der bisher von der Partei gewählten Mittel erfüllt werden kann. Der Parteiaussschuß erklärt, daß die Gründung einer zweiten sozialdemokratischen Reichstagsfraktion unvereinbar ist mit den Grundsatzen des Organisationsstatuts, das nur eine sozialdemokratische Reichstagsfraktion kennt und anerkennt. Der Parteiaussschuß erachtet es als eine unabweisbare Pflicht des Parteivorstandes, die sich aus dieser Sachlage ergebenden Folgerungen zu ziehen. Gleichzeitig verurteilt der Parteiaussschuß, daß einige Genossen zu den inneren Parteifragen in bürgerlichen Blättern Stellung nehmen und bei Erörterung von Zukunftsfragen jetzt Ansichten propagieren, die Verwirrung in die Reihen der Massen bringen. Der Parteiaussschuß empfiehlt, daß der Parteivorstand in seiner jetzigen Zusammensetzung die Geschäfte der Gesamtpartei bis zum nächsten Parteitag weiter führt. (Mit 28 gegen 7 Stimmen angenommen.) Die Tatsachen, die dem Parteiaussschuß bekannt geworden sind, zeigen unabweisbar, daß ein Teil der Parteimitglieder in führender Stellung sich eigene selbständige Organisationen geschaffen hat, die eigene Beiträge erheben und eigenes Organisationsleben führen mit dem Ziel, die Gesamtpartei zu belämpfen.

In Übereinstimmung mit den früher gefaßten Beschlüssen erklärt der Parteiaussschuß: In der deutschen Sozialdemokratie gibt es nur eine politische Organisation. Sonderorganisationen müssen zur Parteizerrüttung führen. Wer für solche Sonderorganisationen wirbt oder in ihnen Mitglied wird, stellt sich außerhalb der Organisation der Gesamtpartei. (Mit 30 gegen 6 Stimmen angenommen.)

Da die Abhaltung eines Parteitages zur Entscheidung der schwebenden Streitfragen während des Krieges unmöglich erscheint, erachtet der Parteiaussschuß es als eine Aufgabe des Parteivorstandes, gegenüber den Sonderbestrebungen alle geeigneten Maßnahmen in Anwendung zu bringen, um die Geschlossenheit der Organisation zu wahren. (Mit 28 gegen 6 Stimmen angenommen.)

Der Vorstand wird ersucht, eine Darstellung der Ursachen und der Entwicklung, die zur Spaltung der Fraktion geführt haben, schnellst herauszugeben, damit die Parteimitglieder im Reich Gelegenheit haben, sich in einwandfreier Weise zu informieren. (Gegen 8 Stimmen angenommen.)

### Die Neutralen.

Budapest, 29. März. Einer Athener Depesche zufolge, berichtet die dortige Zeitung „Kairi“: Die griechische Regierung richtete abermals eine Note an den Viererband, in der sie die Beendigung der Salonikaktion verlangt. Es wird darin gesagt, daß die von der Entente aufrecht erhaltene Behauptung, das Kabinett Benizelos habe die Salonikexpedition verlangt, hinfällig sei. Die englisch-französische Militärpolizei in Griechisch-Mazedonien gehe auch willkürlich vor. Griechische Kaufleute seien aus Mazedonien vertrieben worden. Die griechische Regierung müsse an der Forderung festhalten, daß die Salonikaktion beendet werde. („B. 3.“)

## Grossherzogtum Baden.

Karlsruhe, 30. März.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog empfing gestern mittag den königlich bayerischen Gesandten Grafen von Moß, der anschließend auch von Ihrer Königlichen Hoheit der Großherzogin empfangen wurde und an der Mittagstafel teilnahm.

Heute nahm Seine Königliche Hoheit der Großherzog die Vorträge des Geheimen Legationsrats Dr. Seyb,

des Ministers Dr. Freiherrn von Bodman und des Geheimrats Dr. Freiherrn von Babo entgegen.

Mit Rücksicht auf den Stand der Maul- und Klauenseuche in der Schweiz hat das Ministerium des Innern die Einfuhr von Kindern und Ziegen aus dem Kanton St. Gallen unter den in der Bekanntmachung vom 21. Juni 1913 (Gesetzes- und Verordnungsblatt Seite 454) enthaltenen Bedingungen mit sofortiger Wirkung wieder gestattet.

Das unterm 28. August 1913 (Gesetzes- und Verordnungsblatt Seite 489) erlassene Einfuhrverbot steht nunmehr nur noch gegenüber den Kantonen Graubünden und Thurgau in Kraft.

### Landesausschüttung der Unterstütsungsabteilung des Badischen Landesvereins vom Roten Kreuz.

In Anwesenheit Ihrer Königlichen Hoheiten der Großherzogin und der Großherzogin Luise fand am letzten Freitag im Roten Kreuz-Haus hier, eine aus dem ganzen Lande zahlreich besuchte Landesausschüttung der Unterstütsungsabteilung statt.

Der Vorsitzende, Professor Dr. Ubbelohde, teilte mit, daß die Beschlagnahme aller Baumwollwaren die Befürchtung aufkommen ließ, daß die Arbeit der Nähsticken, wenn nicht ganz, so doch für eine gewisse Zeit hätte eingestellt werden müssen. Es ist zwar nicht gelungen, Baumwollwaren in größeren Mengen für unsere Arbeit freizubekommen, indessen hat sich eine gewisse Erleichterung durch das Herstellen von Sandfäden aus anderem Material gefunden. Da die Knappheit der Textilgewebe voraussehen war, wurde die Verbindung für das Erlangen dieser Ersatzstoffe schon sehr früh eingeleitet und hat zu einem erfreulichen Erfolg geführt. So konnten bereits größere Mengen von Sandfäden von der Zentrale aus nach Mannheim, Pforzheim, Draisal, Schwetzingen, Ettlingen und Karlsruhe abgefordert werden, und man kann nun darauf rechnen, daß diese Sendungen stetig bleiben werden.

Es folgt die Anfrage an die verschiedenen Vertreter der Städte, ob noch andere Orte Sandarbeit übernehmen wollen und es wird auf die komplizierte Lohnberechnung, ebenso auf die Bedingungen aufmerksam gemacht, die sich an das Nähen der Sandfäden knüpfen. (Krankenversicherung usw.) Vertreter von Konstanz erbittet diese Sadaarbeit und erhält sie zugesagt.

Der Vorsitzende zeigt den Anwesenden eine große Anzahl von Papierstoffarten. Bürgermeister Cugelmeyer-Lörrach tritt dafür ein, daß die noch verbleibenden Aufträge in Baumwollstoffen den erwerbslos gewordenen Textilarbeiterinnen und Arbeiterinnen der ganz kleinen Orte zugute kommen möchten. Der Vorsitzende verspricht so weit wie irgend möglich, diesen Wunsch, der auch der Wunsch der Zentrale ist, zu erfüllen und macht im allgemeinen darauf aufmerksam, daß eine Streckung aller Vorräte und auch eine Streckung der Arbeit unumgänglich notwendig ist.

Geheimerat Müller fragt, ob die kleinen Landgemeinden, die Näharbeit von der Zentrale erhalten, diese auch in beschränktem Maße bis in den Sommer hinein zugeführt bekommen können. Auch diese Frage wird vom Vorsitzenden bejaht.

Der Vorsitzende weist dann darauf hin, daß die Nähstiche der Unterstütsungsabteilung mindestens 40 Prozent mehr als den ortsbildlichen Tagelohn betragen. Die Festsetzung dieser Höhe ist notwendig, weil nicht soviel Arbeit vorhanden ist, um alle Näherinnen voll zu beschäftigen. Es ist der Grundsatz der Unterstütsungsabteilung, die Arbeitszeit der Frauen nicht zu streuen, damit ihnen neben der Zeit für Näharbeit auch noch solche übrig bleibt, um ihren Haushalt und ihre Kinder zu versorgen. Auch soll ihnen die Möglichkeit gegeben werden, in kleinen Schrebergärten zu arbeiten oder eine sonstige Nebenbeschäftigung (Zeitungstragen usw.) zu betreiben, da die Näharbeit allein die Familie nicht ernähren kann. Bedingung bei der Näharbeit sei überhaupt, daß diese lediglich bedürftigen Frauen zugute komme, die nicht in der Lage sind, außer dem Hause zu arbeiten. Insbesondere sollen solche Frauen nähen, die kleine Kinder oder Kranke zu pflegen oder Invaliden zu Hause haben. Zur Prüfung der Bedürftigkeit in diesem Sinne sind wie bekannt, jeweils Ortsausschüsse gegründet, die aus Gemüthsstärksten arbeiten müssen und auf deren Arbeit das höchste Gewicht gelegt wird. Über die Frage entspann sich eine lebhafteste Diskussion. Dabei wird nochmals betont, daß die Unterstütsungsabteilung nicht nur Kriegerfrauen, sondern auch andere in ihrem Sinn bedürftige Frauen mit Arbeit versorgt.

Hierauf gibt Bürgermeister Cugelmeyer-Lörrach über die Erwerbslosenfürsorge in Lörrach Auskunft. Die Lörracher Erwerbslosenfürsorge entzieht denjenigen Arbeiterinnen die Unterstütsung, die, obwohl körperlich kräftig, sich weigern, Landwirtschaft zu betreiben. Dadurch konnte eine große Anzahl Arbeiterinnen der Landwirtschaft zugeführt werden und es hat sich erfreulicherweise herausgestellt, daß sich die Arbeiterinnen nicht nur an die Landwirtschaft gewöhnten, sondern daß sie durch diese Beschäftigung kräftiger und frischer wurden. Ferner konnte man auf diese Weise erzielen, daß die Landwirtschaft keine so hohen Löhne zu zahlen braucht, weil ja die Frauen ihre Unterstütsung weiterbekommen.

Es folgen eine Reihe einzelner Anträge, die noch besprochen werden. Nach jedem Punkt entwickelt sich eine lebhafteste Diskussion, an der unter anderen die Herren Bürgermeister von Pforzheim, Heidelberg, Eberbach und Kehl teilnahmen.

B.C. Zum Bismarcktag. Am Sonntag, mittags 1 Uhr, wird aus Anlaß des Bismarck-Gedenktages am Tage zuvor das 8. Landsturm-Infanterie-Bataillon Karlsruhe seine Wache vor dem Bismarckdenkmal aufziehen lassen. Die Musikabteilung wird daran anschließend einige Musikstücke vortragen.

B.C. Kehl. Das Bürgermeisteramt gibt bekannt, daß bis zur geordneten Regelung der Zufuhr aus den norddeutschen Ackerbauverbänden Kartoffeln aus hiesigen Beständen derzeit nur noch gegen besonderen Ausweis — Kartoffelkarten — abgegeben werden. Die Kartoffelkarte wird zusammen mit der Brotkarte den Bezugsberechtigten ausgehändigt. Der Bezugsberechtigte hat für den Zeitraum von vier Wochen einen Anspruch auf 80 Pfund Kartoffeln.

### Aus der Residenz.

Bürgerausschuß. In der gestrigen Sitzung des Bürgerausschusses wurde zunächst einmütig beschlossen, dem Brauereidirektor Karl Schrepp, in dankbarer Anerkennung seines vielfach bewiesenen Opfersinnes für soziale und wohltätige Zwecke das Ehrenbürgerrecht zu verleihen. Im Anschluß daran gab Oberbürgermeister Siegrist mit Worten des Dankes Kenntnis davon, daß der kürzlich verstorbene Privatier Herr Steinmetz die Stadt in seinem Testament

mit einer Summe von 100 000 M. bedacht habe. Es folgte die Annahme einer Vorlage, betreffend die Änderung der Dienst- und Gehaltsordnung für die Beamten und der Arbeits- und Lohnordnung für die Arbeiter, so wie bezüglich der Errichtung weiterer etatmäßiger Stellen. Die Vorlage hängt in der Hauptsache mit der Übernahme der Karlsruher Lokalkassen in das Eigentum der Stadt zusammen.

Zu einer längeren Beratung führte die schon wiederholt erörterte Vorlage betreffend den einmaligen Zuschuß der Stadt Karlsruhe zum Betrieb des Groß-Hoftheaters. Der Stadtrat hatte — wie bekannt — beantragt, der Bürgerausschuß wolle seine Zustimmung dazu erteilen, daß die Stadt Karlsruhe dem Groß-Zivilliste zu den Kosten der Aufrechterhaltung des uneingeschränkten Betriebs des Großherzoglichen Hoftheaters während der Kriegszeit einen einmaligen Beitrag von 100 000 M. leistet und daß dieser Beitrag aus einem bei der Großherzoglichen Staatskasse aufzunehmenden unverzinslichen Darlehen bestritten werde, das nach Maßgabe eines besonderen, unsern Lesern ebenfalls schon bekannten, Vertrages heimgezahlt sei.

In der Debatte schlug der Stadtverordnete Sauer (Soz.) namens des geschäftsführenden Vorstandes die Annahme der Vorlage vor, nachdem er zuvor dargelegt hatte, daß die Stadt, die durch das Hoftheater mancherlei Vorteile genießt und schon im Hinblick auf die große Zahl der Angestellten und Arbeiter ein Interesse an der Aufrechterhaltung des Hoftheaterbetriebes habe, durch den Beitrag keine übermäßige finanzielle Belastung erfahre, sowie daß die Stadtverwaltung einen Einfluß auf die Gestaltung des Spielplans erhalten und den Wünschen nach Volksvorstellungen Erfüllung verschaffen würde. Es seien denn auch der Stadt bereits 25 bis 30 billige Volksvorstellungen im Jahre zugesagt. Der sozialdemokratische Stadtverordnete Karum gab zu, daß die vom Redner angeführten Gründe in mancher Hinsicht richtig seien, und daß manche Gründe für die Vorlage stimmen mögen, erklärte aber dennoch, daß seine Partei die Vorlage ablehne. Er begründete dies einerseits mit Bedenken rechtlicher und finanzieller Natur, andererseits mit einer Bemängelung der künstlerischen Leistungen unseres Hoftheaters im Vergleich mit den Theatern anderer Städte, wie Mannheim und Freiburg. Wenn die Stadt einen Zuschuß zum Hoftheater gebe, müsse sie auch Einfluß auf den Spielplan haben. In Friedenszeiten werde seine Partei bereit sein, in Erörterungen, wie sie durch die Vorlage des Stadtrats ausgelöst sei, einzutreten, jetzt aber müsse sie dies ablehnen. Der Redner der Nationalliberalen Stadtv. Schnid. erklärte, daß seine Fraktion für die Vorlage stimmen werde. Die vom Redner angeführten Gründe seien für eine Ablehnung der Vorlage nicht schwerwiegend genug. Wenn auch der Zeitpunkt für die Forderung nicht günstig gewählt sei, so lägen doch ganz besondere Umstände vor, die eine Annahme der Vorlage nötig erscheinen lassen. Man könne der Zivilliste nicht zumuten, den Zuschuß an das Hoftheater allein zu tragen. Was in Darmstadt, wo Staat und Stadt das Hoftheater unterstütsen, möglich war, das sollte auch in Karlsruhe billig sein. Dem vom Redner gezogenen ungunstigen Vergleich der Leistungen unseres Hoftheaters mit denen der Theater in Freiburg und Mannheim widersprach der Redner entschieden. Er fand darin die Zustimmung auch des Redners der Fortschrittlichen Volkspartei Stadtrats Dr. Weill, der betonte, daß es sich um eine Kriegsvorlage handle, für deren Annahme die Stadt als Gegenleistung die Volksvorstellungen bekomme und die auch aus sozialen Gründen angenommen werden müsse, während seine Partei mit einem Zuschuß in kommenden Zeiten niemals einverstanden sein würde. Auch der Redner des Zentrums Stadtv. Pfaff, gab der Vorlage namens seiner Partei die Zustimmung. Oberbürgermeister Siegrist bemerkte noch, er habe die Hoffnung gehegt, daß der Landtag die ganze Summe von 200 000 M. bewilligen werde; da der Landtag dies nicht getan habe, bleibe der Stadt nichts anderes übrig, als die Hälfte jener Summe zu tragen. Er habe sich darüber gewundert, daß die Groß-Zivilliste so beschieden gewesen sei. Man solle die Leistungen der Zivilliste anerkennen und ihr dankbar sein. In der Abstimmung wurde die Vorlage sodann mit allen gegen die Stimmen der sozialdemokratischen Fraktion angenommen.

Im weiteren Verlaufe der Sitzung erteilte der Bürgerausschuß u. a. der Aufnahme eines Darlehens von 80 000 M. bei der Groß-Amortisationskasse zur Weitergabe an den Mieter- und Bauverein seine Genehmigung.

## Neueste Drahtnachrichten.

### Ämtlicher Tagesbericht.

B.L.B. Großes Hauptquartier, 30. März, vormittags. (Ämtlich.)

### Westlicher Kriegsschauplatz:

In der Gegend von Vihons brachte eine kleine deutsche Abteilung von einem kurzen Vorstoß in die französische Stellung einen Hauptmann und 57 Mann gefangen zurück.

Westlich der Maas hatten wiederholte, durch starkes Feuer vorbereitete französische Angriffe die Wiedererlangung der Waldstellungen nordöstlich von Avocourt zum Ziel. Sie sind abgewiesen. In der Südoeste des Waldes ist es zu erbitterten, auch nachts fortgesetzten Nahkämpfen gekommen, bis der Gegner heute früh auch hier wieder hat weichen müssen. Der Artilleriekampf dauert mit großer Heftigkeit auf beiden Maasufsern an.

Leutnant Immelmann setzte im Luftkampf östlich von Bapaume das 12. feindliche Flugzeug außer Gefecht, einen englischen Doppeldecker, dessen Insassen gefangen in unserer Hand sind.

Durch feindlichen Bombenabwurf auf Reß ist ein Soldat getötet, einige andere wurden verletzt.

### Ostlicher Kriegsschauplatz:

Südlich des Narocz-Sees ließen gestern die Russen vor ihren Angriffen ab, ihre Artillerie blieb hier, sowie westlich von Jakobstadt und nördlich von Widsch noch lebhaft tätig. Bei Postaw ist Ruhe eingetreten.

### Balkankriegsschauplatz:

Nichts Neues. Oberste Heeresleitung.

Verantwortlich für den Staatsanzeiger und den

redaktionellen Teil:

Chefredakteur E. Amend in Karlsruhe.

Druck und Verlag:

G. Braun'sche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

**Sie kaufen gut und billig**  
im  
**Odeon-Haus, Karlsruhe**  
Kaiserstraße 187

Odeon-Sprechmaschinen u. Schallplatten  
Nadeln, Lauten, Gitarren, Violinen, Mandolinen, Zithern, Cellos, Accordeons (Ziehharmonikas), Trommeln, Klarinetten, Albums, Occarinas, Spieldosen, Flöten, Notenständer, Schulen.

**Für unsere Soldaten:**  
Mundharmonikas :: Taschenlampen :: Feuerzeuge etc.  
Auf Wunsch Versand direkt

## Aufruf!

### Spendet Gaben zugunsten des Roten Halbmonds!

Die Verwundeten- und Krankenpflege und der äußere Sanitätsdienst des uns verbündeten türkischen Heeres erfordern fortwährend große finanzielle Opfer, die nur unter wirksamer Mitwirkung des deutschen Volkes geleistet werden können. Die Sammlung hatte hier zwar schon erfreuliche Ergebnisse; weitere Hilfe ist aber dringend nötig. Wir richten daher an die hiesige Bevölkerung wiederholt die freundliche Bitte um Zuwendung von Gaben. Außer den bekannten Sammelstellen (Bankhäuser, Zeitungen usw.) nimmt solche die Hauptammelstelle Stadthauptkasse B im Rathaus entgegen. C.630.4.3.2.1.

Der Ortsausschuß für die Haupt- und Residenzstadt Karlsruhe.

## Verein Genesungsfürsorge

(Großherzog Friedrich-Jubiläum-Spende)

Die Mitglieder des Vereins Genesungsfürsorge (Großherzog-Friedrich-Jubiläum-Spende) werden zu einer Versammlung gemäß §§ 6 e, 7 und 8 Abs. 1 der Satzungen auf:

**Dienstag, den 4. April 1916, vormittags 12 1/2 Uhr,**  
in den Stadtrats-Sitzungsraum im Rathaus Karlsruhe eingeladen.  
C.709

### Tagesordnung:

1. Bericht über die Vereinsstätigkeit und Rechnungsergebnisse der letzten 3 Jahre.
  2. Wahl von 5 Mitgliedern in den Landesauschuß.  
Freiburg i. B., den 28. März 1916.
- Der Vorsitzende des Landesauschusses:  
Dr. Reinhard.

## Auslosung von Schuldverschreibungen.

Bei der am 20. ds. Mts. stattgehabten Auslosung der auf 1. November ds. Jrs. zur Heimzahlung gelangenden Schuldverschreibungen des Anlehens der Stadt Durlach vom Jahre 1906 wurden gezogen:

- Sit. B. zu je 2000 M.: 230, 280, 293, 306, 358;  
Sit. C. zu je 1000 M.: 53, 113, 168, 175, 178, 226, 272, 340, 574;  
Sit. D. zu je 500 M.: 34, 109, 210, 263, 264, 469, 539, 570;  
Sit. E. zu je 200 M.: 48, 90.

Die Inhaber der Schuldverschreibungen werden hiervon mit dem Anfügen in Kenntnis gesetzt, daß mit dem 31. Oktober ds. Jrs. die Verzinsung der gezogenen Stücke aufhört; deren Einlösung kann bei der Stadtkasse Durlach, bei der preussischen Zentralgenossenschaftskasse in Berlin und beim Bankhaus Delbrück, Schickler & Co. in Berlin erfolgen.

Von den früher zur Heimzahlung ausgelassenen Schuldverschreibungen wurden bis heute noch nicht eingelöst Sit E. 47 und 82.  
C.712.2.1

Durlach, den 27. März 1916.  
Der Gemeindevater.

## Badischer Landesverein vom Roten Kreuz.

### 35. Dankagung für auswärtige Gaben.

(Schluß aus Nr. 88 der Karlsruher Zeitung.)

Ferner von: Schülern der Lenderschen Lehranstalt, Sasbach 40, Marzell, Med.-Nat. Dr. Curtschmann (w. G.) 100, Böhlfeld, Barthelemy Hagen (Sammlg.) 2, Jllenan, Personal der Anstalt (f. Jan.) 21, Dalkh, Kriegslasienbuchhalter 2, Oeffingen, Georg van Eyd 300, Mengenschwand, Schullinder (Sammlg.) 3, Wiesloch, Heil- und Pflegeanstalt 200, Dürren, Frau Fr. Stober, 3 Paar Dringke, 1 Anhänger mit Kette, Erf.-Ref. Lambert Lehrenbach, Ref.-Zuf. Reg. 4/110 (w. G.) 10, Korf, Dr. Vortisch van Bloten 100, Stebbach, Sammlung der Schullinder (f. Gefangene) 5, Dertingen, Pfarrer Hofmann 40, Kartung, Karl Guß 10, Baden, Bezirksamt (Wuße Frh.) 5, Werwins (Nordfrankreich), Etappen-Kommandantur (Sammlg.) 250, Oberkirch, Menschengaueverband 15, Juspektion der Gefangenenlager des 14. A.-St. von gefangenen Franzosen und Russen 14.40, Zell a. S., Jakob Fischer, Reg.ermitt. 20, Quitwin von Bod-Galhan von Weillach 500, Unterschüpf, Fr. Schmitt von Renier und Frau in New-York 150, Hausen-Raitbach, Fr. Beule (Sammlg. in der Gemeinde) 75, Ludwigshafen (Wuße in Beleidigungssache Frsch/Rühmel) 20, Barmen, Vorwerk und Sohn 5, Zell a. S., Gewerbebank 459, Gaggenau, Amalienberg, Frau Geh. Rat Dertel 281.60, Ballorbe (Schweiz), Th. Wämle 5, Emmendingen, Heil- und Pflegeanstalt (Sammlg. der Oberwärterinnen u. A. auf der Frauenseite) 230.50, Lauda, Ortsgruppe des Vereins mitl. bad. Eisenbahnbeamten 25, Gondelsheim, 1 gold. Ring und 10 M., Buchen, Großh. Steuereinnahmer (Sammelbüchse) 6.37, Arosa, Eugen Brande, Photohdlg. 5; zusammen 28 139 M. 09 Pf., mit den bereits veröffentlichten Spenden (einschl. Kaiser-Geburtsstagspende) im ganzen bis heute 1 189 906 M. 93 Pf., darunter für den Liebesgabenfonds 377 905 M. 27 Pf.

Für alle Gaben herzlichen Dank!  
Karlsruhe, den 29. Februar 1916.  
Der Vorsitzende der Depotabteilung:  
Geh. Oberregierungsrat Bed.

### Aktiva.

Bilanz vom 31. Dezember 1915.	
1. Inventar	1 465.20
2. Kasse, Reichs- und Notenbank	705 652.55
3. Wechsel	3 209 979.15
4. Wertpapiere u. Schuldbuch-Einträge	10 517 966.02
5. Schuldner Guthaben bei Banken	
Lombard-Darlehen	8 208 988.08
Zins- u. Annuitäten-rückstände	23 345.—
Zinsen u. Annuitäten fällig am 1. Jan 1916	674 024.89
Hypotheken-Darlehen	4 950 991.36
Hierzu im Hypotheken-Register eingetragen	13 857 349.33
Hypotheken-Darlehen	482 566 137.83
6. Hypotheken-Darlehen	
Hypotheken-Register eingetragen	480 386 682.95
7. Kommunal-Darlehen, sämtlich im Kommunal-Darlehensregister eingetragen	5 672 901.82
8. Bankgebäude	120 000.—
9. Wertpapiere u. Schuldbuchforderungen des Beamten-Fürsorgefonds	1 253 147.88
der Erben von Clemm-Stiftung	39 105.—
der Reiß-Stiftung	24 450.—
10. Reichsstempel auf erstmalig noch nicht ausgegebene Hypothekenscheine	21 200.—
11. Zinsen aus Darlehen, berechnet bis 31. Dezember 1915	1 548 434.03

### Bilanz vom 31. Dezember 1915.

### Passiva.

1. Aktien-Kapital	19 000 000.—
2. Hypothekenscheine	
zu 3 1/2%	226 843 600.—
verloste	467 600.—
zu 4%	239 553 700.—
verloste	71 700.—
3. Stommunal-Obligationen zu 4%	4 306 800.—
4. Kapital-Reservefonds	7 820 000.—
5. Reservefonds II	5 700 000.—
6. Außerordentliche Reserve	1 000 000.—
7. Rückstellungen-Konto	488 806.25
8. Talons-Steuer-Reserve	236 146.60
9. Provisions- und Zinsen-Reserve	1 035 183.21
10. Disagio-Reserve	
a. Agioverträge	68 061.65
b. Disagioverträge	3 172 986.80
11. Konto für gemeinnützige Zwecke	23 679.84
12. Beamten-Fürsorgefonds	1 303 500.38
13. Erben von Clemm-Stiftung	47 609.85
14. Reiß-Stiftung	31 859.05
15. Gläubiger	854 453.19
16. Unerhobene Gewinnanteilscheine	2 340.—
17. Unerhobene Zinsscheine	2 101 822.—
18. Hypothekenscheine-Zinsen, berechnet bis 31. Dezember 1915	1 722 842.38
19. Gewinn:	
Vortrag von 1914	356 696.33
Gewinn in 1915	3 296 462.93

### Soll.

Gewinn- und Verlust-Rechnung.	
1. Geschäftskosten	
Allgemeine Unkosten	427 042.42
Steuern und Umlagen	549 587.97
Kosten des Pfandbrief-Geschäfts	
a. Reichsstempelabgaben	34 350.—
b. Sonstige	102 340.83
2. Abschreibung auf Wertpapiere	299 405.13
3. Hypothekenscheine-Zinsen	17 526 589.85
4. Kommunal-Obligationen-Zinsen	206 211.80
5. Gewinn	3 653 159.26
	22 798 667.26

### Gewinn- und Verlust-Rechnung.

Gaben.	
1. Vortrag aus dem Jahre 1914	356 696.33
2. Wechsel- und Wertpapiere-Zinsen	614 151.47
3. Zinsen aus laufender Rechnung	321 599.94
4. Hypothekenscheine-Zinsen	21 106 689.77
5. Kommunal-Darlehen-Zinsen	241 114.68
6. Provisions (Beiträge zu den Geldbeschaffungskosten)	158 415.07
	22 798 667.26

Ludwigschafen a. Rh., den 4. März 1916.

In der heutigen Generalversammlung wurde die Dividende für das Jahr 1915 auf 9% = 90.— für jede Aktie festgesetzt, welche sofort ausbezahlt werden.

Ludwigschafen a. Rh., den 28. März 1916.

C.706

Die Direktion.

## Frankfurter Hypotheken-Kredit-Berein.

### Aktiva.

Bilanz per 31. Dezember 1915.	
Kassa-Konto	1 260 515.86
Kupon-Konto	2 932 243.78
Wechsel-Konto	8 716 676.44
Konto-Korrent-Konto	946 775.05
Lombard-Konto	7 417 870.—
Effekten-Konto	378 015 568.26
Hypotheken-Konto	
Hypotheken-Zinsen-Konto	
Laufende Zinsen bis 31. Dezember 1915	3 701 170.54
Immobilien-Konto	650 000.—
	403 640 819.93

### Passiva.

Aktien-Kapital-Konto	19 800 000.—
Reservefonds-Konto	6 740 000.—
Disagio-Reservefonds-Konto	500 000.—
Pfandbrief-Agio-Konto	1 375 544.10
Immobilien-Reserve-Konto	300 000.—
Beamten-Pension-Ergänzungskonto	768 604.85
Kasse-Konto	700 000.—
Hypotheken-Pfandbrief-Konto	365 231 200.—
Konto aufgeruf. Pfandbriefe	500.—
Konto verlorter Pfandbriefe	12 405.—
Pfandbriefzinsen-Konto	4 253 553.75
Konto-Korrent-Konto	803 855.12
Talonssteuer-Konto	520 000.—
Beiträge-Konto	38 638.—
Dividenden-Konto	9 948.—
Gewinn- und Verlust-Konto	2 586 571.11
	403 640 819.93

### Debet.

Gewinn- und Verlust-Konto per 31. Dezember 1915.	
An Unkosten-Konto	562 293.73
Pfandbriefzinsen-Konto	14 448 765.47
Effekten-Konto	166 521.92
Immobilien-Konto	40 000.—
Hypotheken-Verlust-Konto	450 000.—
Pfandbrief-Anfertigungskonto	2 715.—
Talonsteuer-Konto	132 700.85
Gewinn-Saldo	2 586 571.11
	18 389 568.08

### Kredit.

Von Vortrag aus 1914	493 705.81
Zinsen-Konto	751 470.99
Hypotheken-Zinsen-Konto	16 731 021.86
Pfandbrief-Umsatz-Konto	230 032.45
Darlehens-Provisions-Konto	183 336.97
	18 389 568.08

C.708

## Gesellschaft für Spinnerei & Weberei Ettlingen.

In der am 28. März 1916 stattgehabten Generalversammlung wurde vom Gewinnsaldo des Jahres 1915 für die Aktien Lit. A von fl. 1000.— eine Dividende von M. 120.— für die Aktien Lit. B von fl. 500.— eine solche von M. 60.— festgesetzt, welche an der Gesellschaftskasse, sowie bei den auf den Dividendenscheinen bezeichneten Bankhäusern sofort erhoben werden kann.

Es wird dabei bemerkt, daß an Stelle des Bankhauses M. A. von Nothjehld & Söhne die Direktion der Diskonto-Gesellschaft in Frankfurt a. M. die Einlösung der Dividendenscheine vornehmen wird.

### Bürgerliche Rechtspflege.

**a. Streitige Gerichtsbarkeit.**  
R.479. Karlsruhe, über das Vermögen der Firma Dittler-Maschinen-Gesellschaft m. b. H., vertreten durch den Geschäftsführer Wilhelm Jähringer jun. in Karlsruhe, wurde heute, am 27. März 1916, vormittags 10 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet.  
Der Kaufmann Carl Nagel in Karlsruhe wurde zum Konkursverwalter ernannt.

vor dem unterzeichneten Gerichte, Akademiestraße 2. 1. Stoc. Zimmer Nr. 9 Termin anberaumt.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, ist aufgegeben, nichts an den Gemeindevater zu veräußern oder zu leisten, auch die Verpflichtung aufzulegen, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgeforderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 19. April 1916 Anzeige zu machen.  
Karlsruhe, 27. März 1916.  
Großh. Amtsgericht A. 2.  
Gerichtsschreiber

**Stadtkassenbuchhalter-Gesellschaft.**  
Auf unserer Stadtkasse ist sofort die Stelle eines Buchhalters dauernd zu besetzen. Bewerber mit entsprechender Vorbildung wollen sich unter Beifügung eines Lebenslaufes, von Zeugnissen und Angabe der Gehaltsansprüche, bei uns melden.  
Karlsruhe, 29. März 1916.  
Triberg, 25. März 1916.  
Gemeinderat.

## Bekanntmachung.

Wir suchen zur Stellvertretung unseres Stadtkassenhebers auf die Dauer seines Dienstes beim Heer, geeigneten Ersatzmann. Kriegsinvalide kann in Betracht kommen. Bewerber wollen sich unter Angabe von Gehaltsansprüchen und Vorlage von Zeugnissen sofort melden.  
Triberg, 27. März 1916.  
Bürgermeisteramt.

## Kanzleigehehilfenstelle

mit üblicher Jahresvergütung ist sofort zu besetzen. Antwörter für den mittleren Beamtenstand oder sonstige geeignete Bewerber, welche schon bei einer Staatsbehörde tätig waren, wollen sich unter Vorlage von Zeugnissen sofort melden.  
R.475.2.  
Bonnendorf, 27. März 1916.  
Großh. Bezirksamt.

## Gütertarif

**Basel S. S. und Basel-St. Johann-Baden.**  
Auf 15. April 1916 wird der III. Nachtrag aufgegeben. Er enthält neue Bestimmungen für die Frachtberechnung und ist bei unserem Verkehrs-bureau für 10 Pf. käuflich.  
Karlsruhe, 29. März 1916.  
Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen.

**Westdeutsch-südwestdeutscher Güterverkehr Heft 1.**  
Mit Gültigkeit vom 1. April 1916 werden die Stationen Eisa (Kr. Alsfeld) u. Schwarz des Direktionsbezirks Frankfurt (Main) in den Tarif einbezogen.  
R.478  
Karlsruhe, 29. März 1916.  
Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen.

**Ausnahmetarif für die eilgutmäßige Beförderung von leichtverderblichem Käse und Quark.**  
Mit Gültigkeit vom 1. April 1916 bis auf Widerruf, längstens bis zum 30. September 1916, wird der oben genannte Ausnahmetarif, der seit 30. September 1915 außer Kraft gesetzt war, wieder eingeführt.  
R.480  
Karlsruhe, 30. März 1916.  
Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen.